

Bericht aus Berlin



CDU

Armin Schuster

Bundesverkehrswegeplan veröffentlicht

Großer Schritt für Infrastruktur in Südbaden

Das Bundesverkehrsministerium hat am Mittwoch den neuen Bundesverkehrswegeplan 2030 (BVWP) veröffentlicht, das zentrale Steuerungselement des Bundes für den Neu- bzw. Ausbau der Verkehrswege. Er hat große Bedeutung für alle Infrastrukturprojekte des Bundes. Für uns in Südbaden bringt der Plan gute und wichtige Verbesserungen, folgende Projekte wurden in den BVWP mit aufgenommen:

A 98: Die Abschnitte von Rheinfeldern über Schwörstadt bis Bad Säckingen sind in den Vordringlichen Bedarf eingestuft worden. Der 7,1 km lange Abschnitt von Rheinfeldern bis Schwörstadt soll mit vier Fahrstreifen als Bergtrasse ausgebaut werden. Auch im weiteren Verlauf soll die Bergtrasse realisiert werden.

B 317: Die B 317 erhält im Abschnitt Lörrach (Hasenloch) bis Schopfheim Planungsrecht für einen bis zu vierstreifigen Ausbau. Damit wird der deutlich gestiegenen Bedeutung der Bundesstraße Rechnung getragen. Ich bedauere allerdings, dass das Land wichtige Teilabschnitte nicht mehr nach Berlin gemeldet hat, die im aktuellen Plan noch enthalten sind: Der Durchstich Weil-Friedlingen wäre beispielsweise der krönende Abschluss, um die steigenden Verkehrsprobleme im Dreiländereck in den Griff zu bekommen.

B 34: Für die Ortsumfahrung Wyhlen liegt die Baufreigabe seit letztem Jahr vor. Durch die Einstufung der Gesamtmaßnahme in den Vordringlichen Bedarf bin ich zuversichtlich, dass auch die Ortsumfahrung Grenzach nach Klärung der offenen Fragen am Ort zeitnah umgesetzt werden kann.

B 31-West: Auch die B 31-West wird in den Vordringlichen Bedarf aufgenommen. Das BMVI hatte im vergangenen Jahr das Landesverkehrsministerium aufgefordert, das 2012 unterbrochene Planfeststellungsverfahren wieder aufzunehmen. Die B 31-West ist zusammen mit dem Freiburger Stadttunnel Teil einer seit Jahrzehnten geforderten West-Ost-Achse von der französischen Grenze bis zur A 81 und wird auch den Menschen im Markgräflerland zugutekommen. Am Montag beginnt nun eine sechswöchige [Bürgerbeteiligung](#), in der Jedermann Anmerkungen zu den Bauvorhaben abgegeben kann. Im Sommer soll dann der überarbeitete Plan dem Bundestag und Bundesrat zur Schlussabstimmung vorgelegt werden.

Eine ausführliche Pressemitteilung finden Sie auf meiner [Homepage](#).

Sehr geehrte Damen und Herren,

diese Woche stand für mich auch im Bundestag ganz im Zeichen der Landtagswahl in Baden-Württemberg. Mir reichen diese Zeilen heute nicht aus, meine Gedanken in Worte zu fassen. Deshalb finden Sie den Kommentar in diesem Bericht aus Berlin ausnahmsweise als Anhang am Ende und auf meiner Homepage. Die politische Lage und die offenen Fragen nach der verlorenen Landtagswahl in Baden-Württemberg haben nach einer ausführlicheren Stellungnahme verlangt. Ich wünsche Ihnen viel Spaß beim Lesen dieses Berichts aus Berlin und ein erholsames Osterfest. Der nächste Bericht aus Berlin erscheint am 15. April.

Mit freundlichen Grüßen

Ihr Armin Schuster

Armin Schuster MdB
Im Deutschen Bundestag für den
Wahlkreis
Lörrach-Müllheim

Bundestagsbüro
Tel.: 030 227-71005
Fax: 030 227-76606
E-Mail: armin.schuster@bundestag.de

Wahlkreisbüro
Tel.: 07621 4258033
Fax: 07621 4258035
E-Mail: armin.schuster.wk@bundestag.de

Bericht aus Berlin vom 18.03.2016

Weiterentwicklung der Behindertengleichstellung

Barrierefreiheit soll verbessert werden

Der Bundestag hat in erster Lesung einen neuen Gesetzentwurf beraten, der die Rechtsstellung von Menschen mit Behinderungen verbessern soll. Insbesondere soll durch den Gesetzentwurf der Begriff der Behinderung an die UN-Behindertenrechtskonvention angeglichen werden und die Barrierefreiheit verbessert werden. Dazu sieht der Gesetzentwurf bauliche Veränderungen bei öffentlichen Gebäuden vor, die dem Bund gehören. In der Wirtschaft setzen wir von der CDU/CSU-Fraktion auf das grundlegende Prinzip der Freiwilligkeit, die geplanten Regelungen so umzusetzen, dass auch Menschen mit Behinderungen Zugang zu den Gebäuden und Dienstleistungen erhalten. Außerdem soll eine Bundesfachstelle eingerichtet werden, die in Fragen der Barrierefreiheit unterstützen und beraten soll. Auch soll durch den Gesetzentwurf ein kostenloses Schiedsverfahren angeboten und eine Schlichtungsstelle beim Beauftragten der Bundesregierung für die Belange behinderter Menschen eingerichtet werden, um die Rechte behinderter Menschen besser durchsetzen zu können.

Selbstzahlergruppe zu Besuch in Berlin



In dieser Woche fanden 30 interessierte Bürgerinnen und Bürger aus dem Markgräflerland den Weg in die Hauptstadt. Das Gespräch mit Armin Schuster drehte sich um die Landtagswahl in Baden-Württemberg und die Folgen für die CDU. Nach einem gemeinsamen Mittagessen im Bundestag besuchten die Bürgerinnen und Bürger noch den Reichstag und die Kuppel des Gebäudes. Wenn auch Sie einmal den Bundestag besuchen möchten, steht Ihnen Frau Haß im Wahlkreisbüro sehr gerne mit Rat und Tat zur Seite.



+++++++Kurz berichtet+++++++

Reform der Pflegeausbildung

Mit dem Gesetz soll die Ausbildung der bisher unabhängigen Berufe der Kranken-, Alten-, und Kinderpflege in einer gemeinsamen Grundausbildung mit anschließender Spezialisierung gebündelt werden. Dadurch soll der Pflegeberuf zukunftsgerecht weiterentwickelt und attraktiver gemacht werden, da ein Wechsel zwischen den einzelnen Arbeitsfeldern der Pflege erleichtert wird. Darüber hinaus soll die Ausbildung zukünftig für die Auszubildenden kostenfrei und mit ein neues berufsqualifizierendes Pflegestudium eingeführt werden.

Bundeswehreininsatz verlängert

Der Bundestag hat in dieser Woche den Einsatz der Bundeswehr in Somalia (EUTM) verlängert. Bis zu 20 Soldaten können auf Basis des Mandats in das afrikanische Land entsandt werden. Die EU-geführte Mission EUTM soll die Streitkräfte Somalias ausbilden und beraten und so einen Beitrag zum Wiederaufbau funktionierender staatlicher Strukturen schaffen. Ein Kampfauftrag ist mit dem Mandat nicht verbunden.

Arbeitsmarktpolitik der Union wirkt

Seit 2010 ist die Lohnungleichheit zwischen Spitzen- und Geringverdienern nicht mehr gestiegen. Zu diesem Schluss kommt eine Studie des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung. Erhalten Spitzenverdiener zu Beginn der 90er Jahre etwa doppelt so viel wie Personen mit niedrigem Einkommen, stieg der Unterschied ab 1995, also acht Jahre vor den Hartz-Reformen, bis 2010 etwa auf das Zweieinhalb- bis Dreifache an. Dies betraf Frauen und Männer in Ost und West gleichermaßen. Vor allem Hochqualifizierte mit Berufserfahrung wurden begünstigt, während die Geringqualifizierten auf der Verliererseite standen. Seit 2010 stagnieren die Werte der Lohnungleichheit bei westdeutschen Männern, bei Frauen und ostdeutschen Männern sind sie sogar leicht rückläufig. Insbesondere die Entlohnungsunterschiede zwischen Firmen nehmen seither nicht mehr zu. Das geänderte Arbeitnehmer-Entsendegesetz trat 2009, und damit vor der Einführung des Mindestlohns in Kraft.

Ausführlicher Kommentar

Sehr geehrte Damen und Herren,

„Politik beginnt mit der Betrachtung der Wirklichkeit.“ Auf diesen Leitsatz Kurt Schumachers muss sich unsere CDU angesichts der Wahlergebnisse jetzt mehr denn je besinnen. Wir haben schonungslos zu beantworten, warum die Landtagswahlen in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt so ausgefallen sind, wie sie ausgefallen sind.

Die Augen nicht verschließen

Es ist uns im Wahlkampf, aber auch in den letzten Jahren offenkundig nicht ausreichend gelungen, die Wählerinnen und Wähler in Baden-Württemberg davon zu überzeugen, dass wir eine breit aufgestellte Volkspartei sind, mit konservativen Wurzeln, einem klaren sozial-ökologischen Wirtschaftsprofil und der Lust und Kompetenz dem Land eine spannende Zukunft zu geben.

Der unvermindert hohe Personenkult um Winfried Kretschmann als Ministerpräsident und die eher schwachen Werte für Guido Wolf rühren auch daher, dass wir die inhaltlichen Schwächen der Grünen und ihres Spitzenkandidaten in der Bundes- und Landespolitik nicht konsequent genug angegriffen haben. Es ist einfach paradox, dass Winfried Kretschmann und seine Partei so viel Zustimmung zur Flüchtlingspolitik der Kanzlerin erhalten haben, gleichzeitig aber die Grünen im Bundestag und Kretschmann über den Bundesrat jedes einzelne der von uns vorgeschlagenen Gesetze zur Lösung der Flüchtlingskrise abgelehnt oder blockiert haben.

Aus meiner Sicht haben uns die in Teilen ungeklärte Flüchtlingspolitik und der Personenkult um den Ministerpräsidenten im hohen Umfang konservative Wählerstimmen an FDP und AfD gekostet. Im Fall der AfD halte ich den Reflex, alle Neu-Wähler dieser Partei als rechte Spinner und Populisten abzutun und zu beschimpfen, für grundfalsch. Ein hoher Anteil dieser Wählerinnen und Wähler sind konservative Menschen aus der bürgerlichen Mitte, Menschen die bisher ihre Stimme der CDU gegeben haben! Wir müssen daher schnell klären, was diese Wähler irritiert hat, wie wir darauf antworten und was wir ändern können, um sie zurückzugewinnen. Tun wir das nicht, wird die AfD keinesfalls den gleichen Weg gehen wie die Republikaner in den 90er

Jahren. Im Gegenteil, die AfD wird sich dann im Parteiengefüge am rechten Rand etablieren und dafür sorgen, dass wir nie wieder solch großartige Wahlergebnisse einfahren, wie in den letzten Jahrzehnten. Im Übrigen erwarte ich auch mit Blick auf das Führungspersonal der AfD nicht, dass diese Partei eine kurze Randerscheinung der Geschichte bleiben wird. Nur wenn es uns gelingt, die konservativen Wähler wieder mit guten Antworten und Konzepten zurückzugewinnen, wird die AfD unserer Partei nicht auf Dauer schaden.

Die Zukunft beginnt jetzt!

Haben wir den Menschen mit unserem Wahlprogramm wirklich ein attraktives Modell für die Zukunft von Baden-Württemberg offeriert? So falsch ich auch als begeisterter Radfahrer die radwegüberlagerte Verkehrspolitik der Grünen finde, so wenig ich für den Stopp des Baus von Autobahnen oder der Einführung von Tempolimits bin, es ist ein Zukunftsmodell, das für viele Menschen greifbar ist. Ist unser Wirtschafts- und Gesellschaftsbild der Zukunft so greifbar und im Idealfall sogar verlockender? Ich erkenne bei uns kein besseres Modell einer baden-württembergischen Polizei oder gar die Vision, unser Land als automobilen Weltstandort zu einem „Auto-Silicon Valley“ im Raum Stuttgart-Heilbronn weiterzuentwickeln, bevor Tesla oder Google uns das streitig machen. Unsere Wählerinnen und Wähler erwarten mehr von uns, als grüne Antipolitik und das tägliche Klein-Klein von Forderungen nach mehr Polizisten oder weniger Gemeinschaftsschulen. Die Menschen wollen von uns für Ihre Zukunft inspiriert werden. Wer sollte das eigentlich besser können als eine breit aufgestellte Volkspartei mit konservativen Wurzeln und sozial-ökologischem Wirtschaftsprofil?

Aufeinander zugehen

Natürlich ist es höchste Zeit, in der Flüchtlingspolitik parteipolitische Geschlossenheit der Union zu zeigen. Gerade diese Einigkeit hat CDU/CSU in der Vergangenheit stark gemacht, da bin ich mit Angela Merkel und Volker Kauder einig. Aber wenn es unterschiedliche Positionen und Haltungen in der Partei gibt, dann müssen wir auch aufeinander zugehen und offen diskutieren. Die Moderation einer solchen innerparteilichen Debatte durch den Fraktions- und/oder Parteivorstand vermisse ich schmerzlich.

Nach diesen Wahlergebnissen darf es kein schlichtes „Weiter so!“ geben. Die vergangenen Wochen haben deutlich gezeigt, dass nicht nur die Innenpolitiker unserer Fraktion nationale Grenzkontrollen mit Zurückweisungen in Einklang mit den europäischen Partnern und bei gleichzeitiger gemeinsamer Hilfe für Griechenland befürworten. CSU, JU, KPV, MIT und weitere Fraktionsmitglieder sehen, dass wir flankierend zur europäischen Lösung auch nationale Maßnahmen in der Flüchtlingskrise ergreifen müssen. Daher muss es nun heißen, innerparteilich aufeinander zuzugehen. Kompromisse sind nicht nur in Brüssel möglich. Eine kompromisslos per Ordre de Mufti verordnete Linie wird innerparteiliche Gräben hinterlassen. In diesem Zusammenhang halte ich es beispielsweise für ein No-Go, dass wir an einem bitteren Wahlabend andere Spitzenkandidaten jetzt schon als Beleg für eine gelungene Flüchtlingspolitik der Kanzlerin benutzen und gleichzeitig die eigenen Spitzenkandidaten für ihre persönliche, abweichende Meinung rügen. Die Veröffentlichung des Alternativplans „A2“ von Guido Wolf und Julia Klöckner Ende Januar bzw. Ende Februar war vielleicht nicht empfehlenswert, war aber letztlich nicht der Grund für die Wahlniederlagen. Die Umfragewerte befanden sich nachweislich schon vorher im Keller. Ebenso unverständlich fand ich am Wahlabend die Analyse, grün-rot sei abgewählt worden, ein Wahlziel also erreicht. Mehr Demut würde uns gut zu Gesicht stehen.

Wir begehen schon seit einiger Zeit den Fehler, dass wir uns parteipolitisch freiwillig ins Spielfeld der linken Parteien bewegen und dabei unser eigenes Spielfeld verlassen, unsere konservativen Werte und Positionen vernachlässigen. Den traurigen Profit aus diesem Vakuum schlägt die AfD. Dabei ist es gerade in der heutigen Zeit wichtig, dass wir nicht alle Werte der Union im Laufe der Zeit zur Disposition stellen. Wenn unsere Politik Begeisterung bei SPD, Grünen und Linken hervorruft, müssen wir uns wirklich fragen, ob das noch richtig sein kann und ob wir die Folgen langfristig aushalten werden. Die linke Spielhälfte ist schon sehr voll!

Klare Linie gegenüber Erdogan

Besonders deutlich wird das am Beispiel der Verhandlungen mit der Türkei in der Flüchtlingskrise. Wir brauchen die Türkei als Partner, es ist ein Schlüsselland zur Absicherung der Balkanroute und damit zur Reduzierung des Zustroms auch nach

Deutschland. Doch wir alle sehen die Probleme, die in der Innenpolitik, bei der Sicherheitslage oder den Menschenrechten in der Türkei vorherrschen. Der Deal, der auf dem vergangenen EU-Gipfel mit der Türkei verhandelt wurde, ist noch längst kein "Durchbruch". In Aussicht gestellt wurden ein schneller Beitritt, völlige Visafreiheit – da sollten und können wir nicht mitgehen. Von den von uns zu Recht aufgestellten über 70 Bedingungen für Visaerleichterungen ist bislang kaum eine erfüllt. Das jetzt plötzlich über den Haufen zu werfen, ist nicht der richtige Weg. Wir dürfen uns gegenüber der Türkei nicht erpressbar machen, und alternativ muss Europa die Problemlösung immer noch in die eigene Hand nehmen können. Österreich und die anderen mittel- und südosteuropäischen Staaten demonstrieren gerade die Einigkeit, die auch wir zur Lösung der Krise erreichen und unterstützen sollten. In jedem Fall ist es nicht meine Position, Länder für Entscheidungen und Taten zu kritisieren, an denen wir leider nicht beteiligt sind, aber von denen wir stark profitieren. Denn natürlich sinken bei uns aktuell die Flüchtlingszahlen durch die Grenzkontrollen von Österreich oder Slowenien. Nicht nur deshalb fordere ich schon lange eine mit willigen Schengen-Staaten konzertierte Aktion zur Wiedereinführung stationärer Grenzkontrollen, um die Flüchtlinge konsequent zu registrieren und den Schleusern auf der Balkanroute das Handwerk zu legen. Sechs bis neun Monate dieser flächendeckenden Grenzkontrollen in Europa, eine Wiederdurchführung des Schengener Grenzkodex und des Dublin-Verfahrens und eine sinnvolle und durchsetzungsfähige Kontingentierung der Flüchtlinge auf die europäischen Staaten würde das Geschäftsmodell der Schleuser zerschlagen, egal auf welcher Route sie kommen mögen. Wir würden das wichtige Zeichen aussenden, dass wir Flüchtlinge auf sicherem Weg in Europa aufnehmen, dass sich aber nicht jeder Flüchtling sein Ziel land aussuchen kann oder gleich nach Deutschland durchgereicht wird. Gleichzeitig würden wir so die Kapazitäten schaffen, um unsere humanitäre Verantwortung für die wirklich in unserem Land Schutzberechtigten vollumfänglich übernehmen zu können und Recht und Ordnung wieder herzustellen. In diesem Zusammenhang ist es aus meiner Sicht kritisch, dass wir in Europa nicht mehr auf einer Achse mit Warschau und Paris liegen. Gerade mit Polen und Frankreich müssen wir geschlossen auftreten, da wir isoliert von unseren wichtigsten europäischen Partnern keinen Erfolg haben können.

Folgen für Land und Bund

Wenn wir nicht weiter Wähler an die AfD verlieren wollen, muss unsere Flüchtlingspolitik bei der Begrenzung des Zuzugs schnell Wirkung zeigen. Und es geht darum, sich wieder intensiver um viele wichtige Fragen unserer Zeit zu kümmern. Griechenland und der Euro, die europäische Zinspolitik oder Bargeldgrenzen sind nur einige dieser Themen, die besonders die Menschen auf der Straße treffen und die wir wieder deutlicher adressieren sollten. Wer seine Zinersparnisse verliert und das Girokonto wieder bezahlen muss, verlangt von uns Antworten. Es wird demzufolge nun darauf ankommen, auch abseits der Flüchtlingskrise wieder stärker politisch aktiv zu werden. In Baden-Württemberg sehe ich deshalb nach dem Wahlergebnis nur eine, durchaus riskante Koalitionsoption, in der aber die Chancen überwiegen. Wenn es uns gelingt, die Fehler der SPD zu vermeiden, dann kann eine grün-schwarze Koalition eine gangbare Alternative sein. Dazu muss im Koalitionsvertrag deutlich unsere Handschrift erkennbar sein und wir dürfen den Grünen keinesfalls nur ihre Wohlfühlministerien überlassen. Unser Team muss mit Typen besetzt sein, die ebenso kompetent wie charismatisch auftreten. Wir hätten so die Chance, die Grünen wesentlich besser zu kontrollieren und den ausufernden Personenkult um Winfried Kretschmann auf eine realistischere Ebene zurückzuführen. Ich sehe in dieser Koalition außerdem die interessante Gelegenheit, Wählerschichten von unserem guten und ausgeprägten sozial-ökologischen Wirtschaftsprofil zu überzeugen, die bisher die CDU nie in Erwägung gezogen haben. Die Deutschlandkoalition hätte zwar ihren Reiz, halte ich jedoch für unwahrscheinlich. Neuwahlen sind für mich keine Option.

In Hinblick auf die Bundestagswahl 2017 müssen wir die richtigen Schlüsse aus den Landtagswahlen ziehen. Ein „Weiter so“ und „Kurs halten“ wie bisher wird uns nicht die Stärke bringen, die wir brauchen, um erfolgreich zu sein. Insbesondere die AfD wird sich bei einer solchen Strategie rechts neben uns etablieren. Deshalb müssen wir der AfD Einhalt gebieten, ohne uns deren rechten Parolen anzubiedern. Insbesondere die Wähler, die uns und den etablierten Parteien einen Denkkettel verpassen wollten, gewinnen wir nur mit einem zukunftsfähigem Programm und umfassenden Antworten auf die Probleme unserer Zeit zurück. Dass wir etwas aus den Wahlergebnissen gelernt haben, werde ich mit meinem CDU-Kreisverband im Landkreis Lörrach

sowie als Abgeordneter im Bundestag in den nächsten Monaten versuchen umzusetzen.

Mit freundlichen Grüßen

Ihr Armin Schuster